

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

21.03.2023

**MdL Jeannine Rösler**

TOP 2

Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes  
der Fraktionen DIE LINKE und SPD

**Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes**

- Drucksache 8/1489 -

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung  
und Kindertagesförderung (7. Ausschuss)

- Drucksache 8/1961 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich in Erinnerung rufen, wer die Verbesserung der Betreuungsqualität in der Kindertagesförderung seit Jahren eingefordert hat und jetzt ganz konkrete Schritte geht, genau dies zu erreichen.

Meine geschätzte Kollegin, die jetzige Justizministerin Jacqueline Bernhardt und damalige kinder- und jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion, hat in der zurückliegenden Legislatur namens der Linksfraktion immer wieder auf eine Verbesserung der Fachkräftesituation in der Kindertagesförderung gedrungen, Informationen über Kleine Anfragen eingeholt und entsprechende Anträge gestellt. Bei der SPD gab es große Sympathien für unsere Vorschläge. Schließlich sehen wir jetzt, was unter Rot-Rot und mit einer linken Bildungsministerin, mit Simone Oldenburg, möglich ist und auch umgesetzt wird. Konsequenterweise gehen wir Schritt für Schritt vor, um spürbare Verbesserungen zu erreichen.

Umso bemerkenswerter ist es, wie sich damals die CDU positionierte. Meine Fraktion hatte im Oktober 2020 einen Antrag gestellt, um mehr auszubilden und die Qualität zu erhöhen. Damals hat die CDU, namens Herrn Peters (Daniel Peters, 30.10.2020, Plenarprotokoll 102. Sitzung/ 7.WP S.22) darauf verwiesen, dass nun mal die Landkreise und kreisfreien Städte für die Festsetzung des Personalschlüssels verantwortlich seien. Warum er auf diese Argumentation zurückgegriffen hat, ist einfach zu erklären:

Im Jahr 2020 gab es lediglich einen Landkreis, der unter der landesseitig gezogenen Grenze des Schlüssels im KiföG blieb, nämlich der Landkreis Vorpommern-Greifswald. Da konnten Sie dann im Plenum Ihren Landrat ein wenig glänzen lassen, obwohl sich die CDU damals im Kreistag äußerst schwer getan hat mit dem von der SPD angeschobenen Absenkung des Personalschlüssels. Letztlich gab es dafür eine breite Mehrheit.

Heute dagegen erwecken Sie den Eindruck, dass die Personalverbesserung einzig und allein vom Land geregelt werden könne und müsse, fordern gar eine bundeseinheitliche Regelung.

Ich will auch daran erinnern, dass es die CDU war (Maika Friemann-Jennert, 28.01.2018, 28.Sitzung/ 7.WP, S.80), die beispielsweise in der Frage der Beitragsfreiheit für die Eltern an uns appellierte, ich zitiere:

„staatspolitisch verantwortlich zu handeln, keine Neuverschuldung zuzulassen und Haushalts- und staatspolitische Besonnenheit walten zu lassen.“

Wenn ich mir ansehe, welche finanziellen Konsequenzen Ihr Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf hat, versetzt mich das doch in Erstaunen. Über 4,2 Mio. Euro für eine Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation im Hort von 1:22 auf 1:21 – ich frage mich angesichts fehlender Finanzierungsvorschläge, wo Ihre haushaltspolitische Besonnenheit heute bleibt. Erschwerend hinzu kommt, dass die finanzielle Situation des Landes damals wesentlich entspannter war als heute, da wir ganz andere schwerwiegende Herausforderungen zu meistern und damit auch zu finanzieren haben.

Es war im Übrigen immer Ihr Dauerargument uns gegenüber, dass Sie seriöse Deckungsvorschläge vermissen würden und daher die Anträge nur ablehnen können.

Aber auch inhaltlich vollziehen Sie eine Rolle rückwärts. Als meine damalige Kollegin Bernhardt beantragte, die Kindertagesförderung strategisch neu aufzustellen, haben Sie einen ideologischen Offenbarungseid geleistet. Sie haben meiner Fraktion damals nicht nur vorgeworfen, es gehe uns um einen Rundumschlag, um die Kosten für die Kinderbetreuung auf den Staat abzuwälzen. Wir würden Kinder quasi als Staatseigentum behandeln, da war von Gleichschaltung die Rede und davon, Eltern die Verantwortung zu entziehen.

Der Gipfel war jedoch folgender Anwurf

Zitat:

„Sie verlangen einen Stufenplan zur Senkung der Fachkraft-Kind-Relation. Was wäre denn in Ordnung? Wenn jedem Kind seine eigene Ersatz-Mutti zusteht?“ Zitatende (Maika Friemann-Jennert, 01.07.2015, 96. Sitzung/ 6.WP, S.95)

Seine eigene Ersatz-Mutti ... diese Diffamierung der Erzieherinnen in den Kitas und der Eltern gleichermaßen spricht für sich.

Nun gut, es sind einige Jahre ins Land gegangen und so gestehen wir Ihnen zu, dass Sie sich womöglich weiterentwickelt haben. Allein, glaubwürdig sind Sie mit Ihren Maximalforderungen nicht.

Die wichtige Änderung, die wir heute beschließen, die Herausrechnung der ENZ-Auszubildenen der ersten beiden Ausbildungsjahre aus der Fachkraft-Kind-Relation, hat nicht nur bei der Mehrzahl der Anzuhörenden Zustimmung gefunden, sie ist außerdem genau das, was die CDU in Verantwortung immer forderte: angemessen und haushaltspolitisch verantwortlich.